

In dieser Ausgabe

- ❖ **EU:** QUO VADIS, EUROPÄISCHE UNIVERSITÄT?
- ❖ **EU:** RAHMEN FÜR LEBENSLANGES LERNEN BIS 2020
- ❖ **INTERNATIONAL:** RANKINGS VERSTÄRKEN DEN WETTBEWERB
- ❖ **INTERNATIONAL:** PROTEST UND KRITIK GEGEN G8 DER UNIVERSITÄTEN
- ❖ **DEUTSCHLAND:** UMSATZPLUS DER HOCHSCHULEN
- ❖ **DEUTSCHLAND:** BANKÜBERFÄLLE FÜR BILDUNG
- ❖ **GRIECHENLAND:** TRÜGERISCHE RUHE
- ❖ **GROSSBRITANNIEN:** BESCHWERDEN STUDENTISCHER „KUNDEN“
- ❖ **MAZEDONIEN:** STUDENTEN PROTESTIEREN FÜR IHRE RECHTE
- ❖ **NIEDERLANDE:** KÜRZUNGEN GEFÄHRDEN INTERNATIONALISIERUNG
- ❖ **POLEN:** VIELFACH BESCHÄFTIGTE PROFESSOREN UNTER DER LUPE
- ❖ **TÜRKEI:** WIRRNISSE DER DEMOKRATIE
- ❖ DIE **USA** LERNEN VOM BOLOGNA-PROZESS

Editorial

Im elften Jahr des Bolognaprozesses klärt sich der Blick. Diese Ausgabe des Bulletins stellt Studien vor, die den Charakter des sich formenden Europäischen Hochschulraums durchleuchten:

- Die europäischen Universitäten auf dem „Markt des Wissens“
- Rankings und ihre Wirkungen
- „Wie sozial ist Europa?“ (ab Donnerstag)

Die soziale Dimension und die Vermarktung der Bildung sind ein dialektisches Widerspruchspaar. Die Gesellschaft stellt Infrastrukturen und ausgebildetes Personal bereit, der kränkelnde Weltmarkt absorbiert, was er kann. Die dabei entstehende soziale Ungleichheit ruft politische und zivilgesellschaftliche Reaktionen hervor:

- Rahmenplan der EU für allgemeine und berufliche Bildung
- Protestaktionen und Demonstrationen in Deutschland, Mazedonien, der Türkei.

Die aktuellen Debatten, Studien und Reformen zeigen zugleich sozial engagierte und ums wirtschaftliche Überleben ringende Universitäten. Würde die Universität ihre Mission über ihr eigenes Völkchen hinaus definieren, hätten ihre Kämpfe eine Bedeutung für die gesamte Gesellschaft, die sich den Luxus akademischer und wissenschaftlicher Ausbildungsstätten schließlich leistet, damit es *allen* besser geht.

Das Hochschulbulletin von ESNA – jede Woche das Wichtigste aus der europäischen Hochschulpolitik

QUO VADIS, EUROPÄISCHE UNIVERSITÄT?

Wie weit sich die europäischen Universitäten dem Markt „geöffnet“ haben, fragt eine neue Studie der Universität Bicocca in Mailand.

Die Forschergruppe um Prof. Marino Regini untersuchte, wie sich die Universitäten der sechs Länder Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Spanien, Holland und Italien in den letzten Jahrzehnten zu Massenuniversitäten und finanziell und organisatorisch autonomen Akteuren auf einem neuen, fortschreitend deregulierten „Markt des Wissens“ gewandelt haben.

Dass diese Wandlung weniger auf Nachfrage der Wirtschaft, als durch gezielte Initiative des Staates und der Universitäten selbst herbeigeführt wurde, dass die humboldtsche und napoleonische Hochschultradition mit ihren wissenschaftlich-didaktischen und demokratischen Strukturen zugunsten des angelsächsischen, unternehmerisch geführten und verwertungsorientierten Hochschulmodells zurückgedrängt wird und dass nachhaltige Wissensproduktion und Beschäftigung mit kurzfristigen unwägbaren Nachfrageentwicklungen in Konflikt stehen – sind Ergebnisse der Studie, die damit zugleich die vitalen Herausforderungen zukünftiger Bildungspolitik benennt. [1133]

Exklusiv in ESNA, Zusammenfassung der Studien in englischer Sprache:
„The Re-Organization of Higher Education in Europe“, 07.05.2009

EU: RAHMEN FÜR LEBENSLANGES LERNEN BIS 2020

Der Europäische Rat hat den neuen strategischen Rahmen für allgemeine und Berufsbildung angenommen und die Reformziele für die nationalen Bildungssysteme festgelegt. Durch Mobilität, Ausbildungseffizienz, Abbau sozialer Barrieren beim Bildungszugang, unternehmerische Kreativität und grenzüberschreitende Kooperation sollen Europas alternde Gesellschaften im harten globalen Wettbewerb bestehen.

Fünf hehre Ziele (benchmarks) setzt die EU sich und jung und alt in den Mitgliedsstaaten für das kommende Jahrzehnt bis 2020: Frühkindliche Erziehung für Vorschulkinder, besonders benachteiligter Schichten (>95 %), Förderung Jugendlicher mit schlechten Leistungen in Lesen, Mathe und Naturwissenschaften (<15 %), Senkung der schulischen Abbrecherrate (<10 %), Weiterbildung für Erwachsene, besonders mit niedrigen Qualifikationen (>15 %), mehr Immatrikulierte an Hochschulen (>40 %). [880]

Pressemitteilung der Europäischen Kommission, 12.05.2009 |
Strategischer Rahmen und Benchmarks des Europäischen Rates, 13.05.2009 (auf Englisch)

RANKINGS VERSTÄRKEN DEN WETTBEWERB

Ob mit Wohlwollen oder Abneigung betrachtet:
Hochschulrankings verschärfen den Wettbewerb.

In mehr als 40 Ländern gibt es sie, hat das
Washingtoner Institute for Higher Education

Policy (IHEP) ermittelt und in einer Fallstudie für Australien, Japan, Deutschland
und Kanada ihre Pros und Kontras analysiert.

Produktiv nutzen die Universitäten Rankings zur Qualitätsmessung, zum
Marketing und zur Werbung von Wissenschaftlern und Studenten. Darüber



hinaus fördern sie Innovationsprozesse in und Kooperationen zwischen den Institutionen.

Negativ wirken sich Rankings aus, da sie den Lohn- und Leistungsdruck erhöhen, durchschnittliche zugunsten von Spitzenstudenten benachteiligen und die inhaltliche und strategische Entscheidungsfindung innerhalb der Institutionen verdrängen. Die IHEP-Studie bestätigte, dass Rankings die Finanzierung von „Weltklasse“-Universitäten zum Nachteil sozialer Ziele eines Landes favorisieren. [920]

„Impact of College Rankings on Institutional Decision Making“, IHEP, Mai 2009
Übersicht: [internationale Rankings \(IHEP\)](#) | [deutsche Rankings \(WENR\)](#)

PROTEST UND KRITIK GEGEN G8 DER UNIVERSITÄTEN

Vierzig Rektoren, die auf dem „G8 der Universitäten“ in Turin den Beitrag der Hochschulen zur „Nachhaltigkeit auf menschlicher, sozialer und globaler Ebene“ diskutierten, erfuhren mehr antikapitalistische Wut als das Treffen der geballten globalen Finanzelite der Bilderberger, das zur gleichen Zeit auf einer Halbinsel vor Athen stattfand.

Mehrere Tausend G8-Gegner liefen Sturm gegen das idyllische, am Poufer gelegene Schloss von Valentino, das die Architekturfakultät der Polytechnischen Universität beherbergt, und lieferten sich regelrechte Schlachten mit den Ordnungskräften. Die Rektoren erklärten angesichts der Angriffe: „Wir haben uns nicht verbarrikadiert, sondern wir sind und bleiben offen für den Dialog mit den Studenten.“

Die Demonstranten kritisieren, dass die Bildungspolitik der G8 die Privatisierung des Wissens über die Nutzung natürlicher Ressourcen forciert und das mit öffentlichen Mitteln produzierte geistige Eigentum Marktinteressen und nicht der Natur und dem gesellschaftlichen Nutzen zugute kommt. [1028]

G8-Strategiepapiere zur Bildung:

„[Education and Research for Sustainable and Responsible Development](#)“, Turin, 19.05.2009 (Engl.)
Sapporo-Erklärung zur Nachhaltigkeit, Sapporo, 01.07.2008 (deutsche Übersetzung)
„[Education for Innovative Societies in the 21st century](#)“, St.Petersburg, 16.07.2006 (Englisch)

Kritik des Gipfels, [Uniriot Network](#), 22.05.2009 (Italienisch)

UMSATZPLUS DER DEUTSCHEN HOCHSCHULEN



Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) gaben die deutschen Hochschulen im Jahr 2007 für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung 33,3 Mrd. Euro aus, 3,6 % mehr als im Vorjahr. Die Hälfte der Ausgaben wurde von den medizinischen Einrichtungen der Universitäten aufgewendet, 13,4 Mrd. Euro entfielen auf die Universitäten (ohne Medizin), 3,4 Mrd. auf die Fachhochschulen. Der gemeinsame Personalkostenanteil betrug 57,5 %.

Die Ausgabensteigerungen konnten die Hochschulen weitgehend über höhere eigene Einnahmen finanzieren. Durch Einführung der Studiengebühren in diesem Jahr haben sich die Einnahmen von 0,6 auf rund 1,0 Mrd. Euro fast verdoppelt. Es wurden Drittmittel in Höhe von 4,3 Mrd. Euro (+ 10,5%) eingeworben.

Wichtigste Drittmittelgeber der Hochschulen waren dabei die DFG mit 1,4 Mrd. Euro, die Privatwirtschaft und der Bund mit 1,1 Mrd. bzw. 0,9 Mrd. Euro. [884]
„Finanzen der Hochschulen 2007“, Destatis, 25.05.2009 | siehe auch: [Bildungsfinanzbericht 2008](#)

DEUTSCHLAND: BANKÜBERFÄLLE FÜR BILDUNG

„Geld für Bildung statt für Banken“ – unter diesem Motto haben Studenten in Berlin die „Aktion Banküberfall“ angekündigt. Die Aktion ist gewaltlos, studentische Gruppen in 50 Städten bereiten sich vor, um am 18. Juni Banken zu besetzen und zu blockieren und mit Filialleitern und Mitarbeitern zu diskutieren.

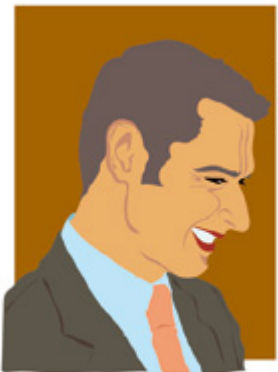


Die Aktion ist Teil des bundesweit von Studenten und Schülern organisierten Bildungsstreiks vom 15. bis 19. Juni, der von Eltern, Gewerkschaftern und Wissenschaftlern unterstützt wird.

Wenn für Banken „innerhalb weniger Wochen hunderte Milliarden Euro mobilisierbar“, sind, geht das, so die Initiatoren, für die Bildung auch, und fordern von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) glatte 104 Mrd. Euro für einen „Sonderfond für bessere und freie Bildung (SofbfB)“. Davon sollen u. a. Tausende neue Professuren und Tutorienstellen geschaffen werden. Außerdem fordern sie die Abschaffung der Gebühren und ein elternunabhängiges BAföG. [940]

[Bildungsstreik 2009](#) | [Brief und Mahnung](#) an den Finanzminister, 21.05.2009

TRÜGERISCHE RUHE IN GRIECHENLAND



Aris Spiliotopoulos
(geb. 1966), griechischer
Minister für Bildung und
Religion seit Jan. 2009

Es scheint ruhig vor Griechenlands Universitäten – denn landesweit ist Prüfungszeit. Eine lähmende Ruhe, denn „Griechenlands Bildungssystem ist in der Krise“, doch da es noch in diesem Jahr vorgezogene Parlamentswahlen geben könnte, fügte Bildungsminister Aris Spiliotopoulos bei einem Treffen mit Vertretern der Hochschulen und Lehrkräfte vor einer Woche hinzu, wird „die Regierung jetzt keine radikalen Reformen beginnen“.

Doch der Reformstau wächst: 31 Mio. Euro Lehrergehälter wurden im Mai nicht ausbezahlt – nur ein Beispiel für prekäre Gehälter der meisten Dozenten, die noch einen zweiten Beruf ausüben müssen. Jüngst provozierte die „Dynastie Christinaki“ einen Skandal: eine

ganze im Lehrbetrieb untergebrachte Familie brachte die öffentliche Wut über die grassierende Vetternwirtschaft im Bildungssystem zum Überkochen. [831]

BESCHWERDEN STUDENTISCHER „KUNDEN“ IN GROSSBRITANNIEN

Die Beschwerden britischer Studenten haben stark zugenommen. Das Universitätsschiedsgericht für England und Wales (OIA) verzeichnet für 2008 ein Viertel mehr studentische Klagen, nachdem diese im Jahr zuvor schon im selben

Ausmaß angestiegen waren.

Dies reflektiert dem Jahresbericht des Schiedsbüros zufolge einen „kulturellen Wandel“ gebührenzahrender Studenten, die einen Gegenwert für ihr Geld einfordern. Der höchste Anteil der Beanstandungen wurde von internationalen Studierenden und Business-Studenten geführt, die die höchsten Gebühren entrichten. Die meisten Klagefälle betrafen Postgraduate-Kurse, Plagiatsvorwürfe, Zulassungs- und Benotungsfragen.

Universitätsvertreter sagten, die insgesamt 900 Beschwerden müssten im Verhältnis zu 1,9 Mio. Immatrikulierten gesehen werden, von denen laut Zahlen des Hochschulministeriums 80 % zufrieden mit der Qualität ihres Studiums seien. [888]

Debatte zum Thema: [Student oder Kunde?](#) (University Business, USA, Juli 2003) | [Jahresbericht](#) des OIA, 19.05.2009 (beide auf Englisch)

MAZEDONISCHE STUDENTEN PROTESTIEREN FÜR IHRE RECHTE

Studenten der beiden größten Universitäten Mazedoniens in Skopje und Tetovo haben am 21. Mai für ein besseres Studium demonstriert. An der Cyrill-und-Methodius-Universität versammelten sich Dutzende Studierende mit Transparenten vor dem Rektorat und forderten, dass der Campus und die Wohnheime renoviert, die Studiengebühren abgeschafft oder gesenkt und Studenten durch soziale Programme unterstützt werden.

Die Proteste in Tetovo am selben Tag richteten sich gegen die Senkung des Hochschul Etats um 20 % auf 40 Mio. Denar (650.000 Euro). Die Regierung hatte der Universität die Mittel gekürzt, weil ihr ehemaliger Rektor, Sadi Bexheti, große Summen an seine eigenen Firmen überwiesen hatte. „Das können wir nicht erlauben“, sagte Premierminister Abdulaqim Ademi der Presse. [826]

NIEDERLANDE: KÜRZUNGEN GEFÄHRDEN INTERNATIONALISIERUNG



Ronald Plasterk (geb. 1957), niederländischer Minister für Erziehung, Kultur und Wissenschaft seit 2007

Holland, das im Bildungsbereich auf internationalen Wettbewerb immer nach vorn drängende Land, für Hochschulrankings begeistert, führend bei der Umsetzung des Bolognaprozesses und mit einem starken englischsprachigen Studienangebot und 40 bis 50 % internationalen Studenten in manchen Fächern, steckt tief in der Krise.

Obschon Bildungsminister Ronald Plasterk den Universitäten noch Mitte April versichert hat, dass sie keine Kürzungen zu befürchten hätten, wurde jetzt aus seinem Ministerium bekannt, dass im laufenden Haushalt 200 Mio. Euro eingespart werden sollen. Allein 30 Mio. Euro sollen an Stipendien für

internationale Studenten gespart werden.

„Das ist eine Katastrophe für die holländische Exzellenzpolitik“, sagt ScienceGuide-Redakteur J. P. Kroeger. Gerade in den Bereichen wie Technologie und Design, wo Holland attraktiv für Topstudenten aus Übersee ist, müssen jetzt der qualitative Anspruch und die Zulassungshürden gesenkt werden. [951]

POLEN: VIELFACH BESCHÄFTIGTE PROFESSOREN UNTER DER LUPE

Das polnische Wissenschaftsministerium hat Professoren öffentlicher und privater Hochschulen gebeten, ihre Lehr- und Forschungsbudgets offen zu legen. Dies soll einer besseren Ausschöpfung des wissenschaftlichen Potentials an den Hochschulen dienen.

Bisher können Dozenten und Forscher Einkommen an mehreren Hochschulen erzielen – zu Ungunsten ihrer Präsenz. Das Reformpaket „Partnerschaft für das Wissen – Neues Modell zur Verwaltung des Hochschulwesens“ sieht eine Änderung des Hochschulrechts vor, nach der Wissenschaftler vom Leiter ihrer Institution eine Genehmigung zur Aufnahme einer zweiten (Lehr-)Tätigkeit einholen müssen. „Die Novelle, welche 2010/2011 in Kraft treten soll, sieht vor, dass ein Hochschullehrer höchstens zwei Verträge in zwei Fachrichtungen haben darf“, sagte Ministeriumssprecher Bartosz Loba gegenüber ESNA.

Bisher sind die Gelehrten der Bitte um Auskunft nicht nachgekommen. [905]

TÜRKEI: WIRRNISSE DER DEMOKRATIE

Auf einer Massendemonstration in Ankara Mitte Mai haben mehrere zehntausend Studenten und Bürger gegen die Verhaftung von Akademikern und Journalisten im sog. Ergenekon-Fall protestiert.

Im April hatte die Regierung rund 200 Personen unter dem Verdacht der regierungsfeindlichen Konspiration festnehmen lassen. Der Ergenekon-Prozess wird von der türkischen Öffentlichkeit wie von europäischen Beobachtern als Zerreißprobe der türkischen Demokratie verstanden: Den vermeintlichen Verschwörern wird vorgeworfen, die Demokratie durch ein Militärregime ersetzen zu wollen, und regierungsfreundliche Kommentatoren sehen in dem Verfahren den Versuch, die Macht des Militärs als „Staat im Staat“ unter zivile Kontrolle zu bringen. Die Demonstranten dagegen sehen eine Einschüchterungskampagne religiöser Fanatiker am Werk. Der Oppositionspolitiker Deniz Baykal sagte: „Es sind ehrliche, laizistische und kemalistische Professoren und Rektoren verhaftet worden.“ [954]

„Ergenekon and the West“, Today's Zaman, 11.05.2009 (auf Englisch)

DIE USA LERNEN VOM BOLOGNA-PROZESS

Der Bolognaprozess macht Schule. In drei amerikanische Hochschulen werden die Abschlüsse erstmals durch die Lerninhalte anstatt durch das wenig aussagekräftige Kurspensum und Creditpoints beschrieben. „Das Projekt basiert auf den Prinzipien des Bolognaprozesses ... nach dem Tausende von Hochschulen in Dutzenden Ländern Abschlüsse nach vergleichbaren Standards vergeben. In Lateinamerika haben 18 Länder ihren eigenen Prozess begonnen, der unter Dozenten als tuning bezeichnet wird, und viele andere Länder der Welt verfolgen den Bolognaprozess sehr genau.“ Bologna-Experte Clifford Adelman zufolge herrscht in den USA wenig Einvernehmen darüber, wofür ein bestimmter Abschluss einer bestimmten Institution steht.

Ein bedeutsamer Vorbehalt der neuenglischen Akademiker: Das Ziel der Vergleichbarkeit, so Cary Nelson, Präsident des Amerikanischen

Professorenverbandes AAUP, ist kein fachliches Kriterium, und „entscheiden zu können, wie man seinen Kurs gestaltet und gewichtet, ist entscheidend für akademische Freiheit.“ [1019]

Zitate aus: „Colleges in 3 States to Set Basics for Degrees“, [New York Times](#), 08.04.2009